

projektes verbracht, um sich in die Lage der Einheimischen zu versetzen und deren wahre, unmittelbare Bedürfnisse kennenzulernen. Statt vieler kleiner und an die lokale Situation angepaßter Projekte, stehen nach wie vor die prestigeträchtigen Mammutbauvorhaben im Vordergrund. Das Beispiel des lebenswichtigen und so vielseitigen Rohstoffs Wasser kann aus eigener Erfahrung mit einem Kleinprojekt im Hügelland außerhalb des Kathmandu-Tales immer wieder anschaulich machen, worum es eigentlich gehen müßte: zuerst die Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu garantieren. Wenn immer stärker steigende Ausgaben für waghalsige Projekte durch höhere Preise und Steuern von der vorwiegend ländlichen Bevölkerung bezahlt werden müssen, dann muß man sich nicht wundern, wenn diese aus purer Verzweiflung weiter Raubbau an der Natur betreibt oder resigniert in die Städte abwandert und sich die Probleme dadurch verdoppeln.

Kein Wandel in Sicht, solange Profitinteresse und bürokratische Sachzwänge der Geberländer vorrangig sind, die Umsetzung von Entwicklungsvorhaben oft ebenfalls von eigenen Interessen geleitet wird und eine Verbesserung der Situation strukturelle Änderungen erfordern würde, die sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

Die bäuerlichen Regionen um die größeren Städte der Täler und im Süden, an der Grenze zu Indien, sind von den falschen Entwicklungswegen besonders betroffen, weil diese immer weiträumiger in deren Versorgung miteinbezogen werden. In Dörfern um das Kathmandu-Tal bleiben kaum Früchte zur Versorgung der Familien mit notwendigen Vitaminen zurück; Mandarinen, Bananen und Limonen werden fast ausschließlich in die Stadt verkauft, um Geld für den teuren chemischen Dünger zusammen zu bekommen. Kann dieser Trend noch aufgehoben werden?

Claus Euler

## bangladesh



# OPPOSITION GEGEN ERSHAD

Der für den 12. Juli 1987 ausgerufenen Streik der Studentenvereinigung CSAC (zentraler studentischer Zusammenschluß in Bangladesh seit 1982) und SKOP, dem wichtigsten Gewerkschaftsverband Bangladeshs, wurde im ganzen Land befolgt. Man protestierte gegen den verabschiedeten Staatshaushalt, der vom Internationalen Währungsfond (IWF) vorgeschriebene Kürzungen im Sozialbereich und Steuererleichterungen für Luxusgüter vorsieht und verlangte den Rücktritt der Regierung.

Am selben Tag wurde im Parlament das umstrittene Distrikt-Parlamentsgesetz "Zila Parishad Bill" verabschiedet. Dieses Gesetz sieht die Präsenz des Militärs im Distriktparlament in Form von berufenen Mitgliedern vor. Obwohl diese kein Stimmrecht haben, ist der Einfluß der Armee jedoch gesichert. Die Opposition bezeichnet den Zustand zu Recht als "schleichende Militarisierung". Die Aussage eines Regierungsmitglieds, die Militärs würden zu "Entwicklungsarbeiten" in die Entscheidungsgremien berufen, scheint eher belustigend. Die Opposition im Parlament, die zu der Gesetzesverabschiedung nicht einmal angehört wurde (innerhalb von 5 Minuten war das Gesetz angenommen) verließ unter Protest den Saal. Wegen des umstrittenen Gesetzes wurde der Generalstreik um zwei weitere halbe Tage verlängert. Dem Aufruf des studentischen Aktionskomitees und der Gewerkschaften schlossen sich erstmals seit dem Bruch des Oppositionsbündnisses der 22 Parteien im April 1986 auch die innerpar-

lamentarische Opposition unter Führung der "Awami League" und die außerparlamentarische Opposition mit der 7-Parteienallianz unter Führung der "BNP" sowie die linksgerichtete 5-Parteienallianz an. Der Studentenbewegung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Bangladesh Bevölkerung lebt zu 90% auf dem Land. Die meisten davon in einer Situation, in der über den Kampf um das reine Überleben hinaus politische Aktivitäten kaum möglich sind. So konzentriert sich Parteipolitik fast völlig auf die städtischen Zentren, wo Studenten eine große Rolle spielen. Anfänge des studentischen Protests gehen zurück auf die Sprachbewegung in Ostpakistan (1952), die für die Beibehaltung von Bengali und gegen die Einführung des regionsfremden Urdu als Landessprache eintrat. Studentische Aktionen, die bis 1970 fast jedes Jahr stattfanden, führten mit zum Befreiungskrieg und der Entstehung Bangladeshs im Jahr 1971. Danach gab es elf Jahre lang keine aktive Studentenbewegung in Bangladesh. Erst 1982, als nach 2 Militärputschen General Ershad die Macht übernahm, wurden Studenten wieder aktiv. Diesmal war ihr Hauptanliegen, die Oppositionsparteien zum Widerstand zu bewegen.

1982 wurde das CSAC gegründet. Trotz Pressezensur und offiziellem Verbot politischer Aktivitäten demonstrierten Studenten in mehreren großen Aktionen von September 1982 bis Februar 1983 gegen die fundamentalistisch-islamische Bildungspolitik Ershads. Bei einer Demonstration am 14. Februar 1983 kamen etwa 50 Studenten ums Leben. Die Vorfälle

waren Auslöser für die demokratischen Oppositionsparteien, sich in einem Widerstandsbündnis zusammenzuschließen, was in der 22-Parteienallianz gegen Ershads "demokratische" Wahlen 1986 gipfelte.

Im Februar 1984 starben erneut zwei Studenten, als ein Polizeibus von hinten absichtlich in einen Demonstrationszug fuhr. Seit der Gründung des CSAC wurden zahlreiche Studentenfürher verhaftet, einige sogar von der Polizei oder Schlägertrupps getötet. Einigen gelang es, rechtzeitig ins Ausland zu fliehen.

Seit Ershad an der Regierung ist, wurden die Universitäten immer wieder als "Herd politischer Unruhe" geschlossen. Im Anschluß an die Generalstreiks vom 12. bis 14. Juli 1987 kam es auf dem Universitätsgelände der Hauptstadt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen zwei oppositionellen Studentenorganisationen. Ein bisher Unbekannter hatte einen Studenten der "Jatiyo Chhatro Dal" (JCD) erschossen und damit einen Kleinkrieg zwischen den beiden Gruppen, deren Konflikt bereits seit einiger Zeit schwelte, ausgelöst. Daraufhin wurde am 14. Juli die Universität Dhaka geschlossen. In Studentenkreisen wird vermutet, daß die Regierung "V-Männer" in oppositionelle Gruppierungen und Parteien schmuggelt, um so Bewegungen von innen zu spalten. Eine Woche nach der Schließung der Universität kam es zu dem bisher längsten Generalstreik, der über 2 Tage dauerte. Der Streik wurde auch von der CSAC unterstützt. Erstmals gingen auch Angestellte der unteren und mittleren Berufsgruppen auf die Straße.

Es schien, als würde es einen "Heißen Sommer" geben. Ende Juli wurde eine Blockade des Präsidentensekretariats kurzfristig verboten; trotzdem kam es zu zahlreichen Widerstandsaktionen in Dhaka und anderen städtischen Zentren Bangladeshs. Mehrere Demonstranten starben durch Polizeieinsätze, Journalisten wurden mißhandelt, politische Führer verschiedener Oppositionsparteien verhaftet. Von Inhaftierungen betroffen war insbesondere die 5-Parteienallianz, ein Zusammenschluß nicht-sowjetisch orientierter Linksparteien. Die Entstehung dieses Bündnisses als dritte Kraft links von den beiden bürgerlichen Hauptströmungen ist eine wichtige Neuentwicklung innerhalb der Oppositionsbewegung. Der Regierung sind diese Kräfte ein besonderer Dorn im Auge.

Die Überschwemmungen im Land, die mindestens 1000 Todesopfer forderten, machten weitere Agitationen unmöglich. Die Opposition mußte deshalb einen geplanten Streik absagen und Nothilfe leisten, um die Ausmaße der Katastrophe nicht noch schlimmer werden zu lassen.

Ershad hat inzwischen das Zila Parishad-Gesetz wieder zurückgenommen. Doch die Oppositionsbewegung, neu vereint mit dem Ziel, Ershad zu stürzen, plant ihre nächsten Aktionen. Anfang Oktober soll ein gemeinsamer Marsch auf Dhaka stattfinden. Ershad hat inzwischen weitere Hebel in Gang gesetzt,

um die Kraft der studentischen Opposition zu brechen. Er verbot die Studentenorganisation der eigenen "Jatiyo-Partei", um wieder "Ruhe und Ordnung" auf dem Campus herzustellen. Das Verbot anderer studentischer Organisationen ist wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit, zumal Ershad seiner Partei einen entsprechenden Gesetzesvorschlag schon unterbreitet hat.

Die Zukunft Bangladeshs bleibt weiterhin unklar. Da das gemeinsame Programm der Oppositionsparteien nicht über die Forderung nach dem Rücktritt Ershads hinausgeht, wird der Opposition allgemein nicht zugetraut, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Regierungsverantwortung in einem demokratischen Staat übernehmen zu können.

Sharaf Uddin Ahmed  
Edda Kirleis

---

### Ershad schließt Neuwahlen aus

Um allen Spekulationen ein Ende zu machen, hat General Ershad Ende September deutlich erklärt, daß er keineswegs vorhabe, den Notstand auszurufen. Er werde auch weder das Parlament auflösen, noch Neuwahlen ausschreiben. Er warnte die Opposition, weiterhin den "demokratischen Prozeß" im Namen einer Anti-Regierungsbewegung zu behindern. Seine Partei würde solche Aktivitäten nicht zulassen. Er betonte, daß seine Jatiya Partei die "stärkste politische Partei" sei und allen Herausforderungen der Opposition begegnen würde. Diese Äußerungen sind als klare Antwort auf die Forderung der Opposition nach Ershads Rücktritt zu verstehen.

### Chittagong Hill Tracts

Bereits im August wurde beschlossen, daß eine indische Delegation die Chittagong Hill Tracts besichtigen dürfe, um sich zu überzeugen, daß dort keine gewaltsame Unterdrückung der Bewohner stattfindet. Bisher liegt noch keine Stellungnahme der indischen Seite vor.

### Versorgungskrise

Die Überschwemmungen, die in den letzten Monaten 48 Distrikte in Bangladesh heimgesucht haben, führten dazu, daß fast 1,5 Millionen Tonnen Lebensmittel fehlen. Das wiederum ist die Ursache für enorme Preiserhöhungen, die die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes noch verschlechtern. Die Regierung Ershad hat Lebensmittelhilfe von verschiedenen Hilfsorganisationen angefordert. Fast eine Million Tonnen Reis und Weizen befinden sich in eigenen Lebensmittellagern. In den am stärksten betroffenen Gebieten wird sich die Ernährungssituation schnell verschlechtern und zu Hungersnöten führen, wenn nicht bald Hilfe kommt. Die diesjährige Ernte ist vollständig zerstört.